

Der LIBBYEN Deal

Europa schottet sich ab. Von den Toten, von denen, die auf der Strecke bleiben, vom Elend der Migrant*innen und der Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge. Nachdem Angela Merkel 2016 den Deal mit der Türkei eingefädelt hatte, blieb nur noch eine Lücke im „cordon sanitaire“ der Migrationsabwehr: Libyen. Doch auch diese Lücke schließt sich. Alle wissen, dass in Libyen mehrere Regierungen und zahlreiche Milizen um die Macht kämpfen. Alle wissen, dass Geflüchtete und Migrant*innen dort misshandelt, als Sklav*innen verkauft, getötet werden. Der Verlust von Humanität und Flüchtlingsschutz sind der Preis dessen, was „Sicherung der europäischen Außengrenzen“ genannt wird.

Von Christian Jakob



Ausdehnung der Jagdzone: *Libysche Banden machen Hatz auf Geflüchtete im Auftrag Europas*

Der Flüchtling war 22 Jahre alt, stammte aus Eritrea und litt an Tuberkulose. Als er am 13. März 2018 im italienischen Hafen Pozzallo auf Sizilien ankam, wog der 1,70 große Mann noch 35 Kilo. Er war völlig unterernährt und offenbar hatte er in Libyen keinerlei medizinische Versorgung erhalten. Als er von Bord des Rettungsschiffs der Hilfsorganisation *Proactiva Open Arms* ging, brach er zusammen und starb. „Es war eine tragische Ankunft“, sagt Pozzallos Bürgermeister Roberto Ammatuna. „Sie waren alle nur Haut und Knochen, als würden sie aus einem Konzentrationslager der Nazis kommen. Verzweifelte Menschen, unterernährt. Es war schrecklich.“

Das Türkei-Abkommen als Vorbild

Was das war, beschreibt der italienische EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani in jener Zeit folgendermaßen: „Es ist richtig, in Libyen zu investieren. Und ich glaube, man muss die gleiche Summe, die wir in der Türkei investiert haben, um die Balkanroute zu schließen, ausgeben, um die Route über das Mittelmeer zu schließen.“ Es solle also einen Deal mit Libyen nach dem Vorbild des Abkommens mit der Türkei geben.

Die Lage war für die Unterhändler*innen der EU mindestens ebenso kompliziert wie seinerzeit hinsichtlich der Türkei. Lange hielten sämtliche EU-

Immer weniger Flüchtlingen und Migrant*innen gelingt es, Libyen überhaupt noch zu verlassen

Dabei handle es sich „weder um eine Überraschung noch eine Neuigkeit“, sagt Alberto Barbieri, Direktor der Organisation *Ärzte für Menschenrechte*. „Wenn wir nach Libyen schauen, sehen wir ein Land, das für die Migranten in den letzten Jahren zu einem großen Lager geworden ist, wo sie gefoltert werden, wo sie unerhörte Gewalt erleben, wo ihnen Ausbeutung und Tod drohen, wo sie entführt und gefangen gehalten werden, um Zahlungen zu erpressen.“

Und dabei hatten die Überlebenden, die an jenem Tag von *Proactiva Open Arms* aus Seenot gerettet wurden, noch Glück. Denn immer weniger Geflüchteten und Migrant*innen gelingt es, Libyen überhaupt noch zu verlassen. Seit dem Sommer 2018 ist die Zahl der in Italien ankommenden Bootsflüchtlinge stark zurückgegangen. Im Januar und Februar überquerten 10.200 Menschen das Mittelmeer in Richtung Europa. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es noch 17.500 Migrant*innen. Die Zahl der Toten aber blieb fast gleich: Von Januar bis Mitte März 2018 ertranken im Mittelmeer 495 Flüchtlinge und Migrant*innen. Im Vorjahreszeitraum waren es mit 557 ähnlich viele, obwohl etwa zwei Drittel weniger Geflüchtete gekommen waren.

All diese Entwicklungen – der verheerende Zustand der Ankommenden, der Rückgang der Ankunftsahlen und der relative Anstieg der Toten – gehen auf den gleichen Umstand zurück: Die EU hat in Libyen im Sommer 2017 gekriegt, was sie wollte.

Staaten es für zu gefährlich, eine Botschaft in Tripolis zu betreiben. Die Libyen-Vertretungen, auch jene der EU als ganze, sitzen in Tunis. Zudem ist bis heute unklar, mit wem genau Diplomaten*innen verhandeln sollen. Während die Türkei und Katar die Milizen aus Misrata – nach Libyen geflohene Muslimbrüder – unterstützen, setzen Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate auf die ostlibysche Armee des Generals Chalifa Haftar. Die Diplomaten*innen der EU wollen hingegen die sogenannte Einheitsregierung – in Wirklichkeit kann von Einheit keine Rede sein – des international anerkannten Präsidenten Fayiz as-Sarradsch stärken. As-Sarradsch, ein ehemaliger Architekt, hat sich jedoch mangels eigener Truppen mit den Milizen arrangiert. Und das libysche Parlament in der Stadt Tobruk schließlich hat eine Gegenregierung zur Sarradsch-Administration ausgerufen.

Das große Interesse Italiens

Es herrscht also politisches Chaos, die Sicherheitslage ist desolat und unberechenbar. Dennoch eröffnete Italien im Januar 2017 eine Botschaft – zu wichtig war der Draht nach Tripolis für den EU-Staat mit den mit Abstand meisten Flüchtlingsankünften aus Nordafrika. Und so war es Italien, das für die EU in Libyen aktiv war. Im Visier der Diplomatie: Die Bootsflüchtlinge. Und damit auch jene, die sie retteten und nach Italien brachten – ein knappes Dutzend privater NGOs, darunter deutsche Initiativen wie *Sea-Watch*, *Jugend Rettet* oder *SOS Méditerranée*.

Mit großem Getöse kündigte Sarradschs Regierung im Sommer 2017 an, künftig selbst die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer zu organisieren. Ein entsprechendes Schreiben sandte sie im Juli an die *International Maritime Organization* (IMO). Italien wollte dem in völligem Chaos darniederliegenden Land angeblich geholfen haben, zwei Leitstellen für die Koordination der Einsätze in Tripolis und Benghazi aufzubauen. Bislang hatte die Leitstelle *MRCC* in Rom die Koordination übernommen. Damit sollte nun Schluss sein.

Libyen drohte den privaten Seerettungs-NGOs Gewalt an, sollten sie dennoch weiter vor Libyen – wohlge-merkt: in internationalen Gewässern – retten. Doch von Anfang an war zweifelhaft, ob die Libyer*innen, die auch sonst nicht mal in Ansätzen eine funktionierende Verwaltung vorweisen können, überhaupt im Stande sind, eine Rettungsleitstelle zu führen.

Auch ihnen selbst scheinen daran zwischenzeitlich Zweifel gekommen zu sein. Denn am 4. Dezember 2017 widerrief Libyen die Ausweisung der eigenen Seerettungszone gegenüber der IMO. Das war vor allem ein Rückschlag für Italien. Das Land hatte so

Hafen von Catania. Monatelang hatte die EU in Libyen nach Teilnehmern für ihr jetzt anlaufendes Training der libyschen Küstenwache gesucht. Bedingung: seit zwei Jahren im Dienst Libyens und eine Selbstverpflichtung für weitere zwei Jahre sowie Loyalität zur Regierung von Präsident Sarradsch. Ein Sicherheitscheck sollte verhindern, dass Dschihadisten dabei waren.

Am 26. Oktober 2016 gehen 89 Auserwählte an Bord. Sie sollen 84 Stunden büffeln, auf dem Stundenplan Menschenrechte, Seerecht, Maritime Sicherheit, Meeresschutz, Seenotrettung, Fischereiüberwachung und Englisch – macht ganze 12 Stunden pro Fach. Die Ausbilder stammen aus Belgien, Griechenland, Deutschland und den Niederlanden. Außerdem schickten das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die EU-Grenzschutzagentur *Frontex* Experten. Im Januar 2017 ging das Training in Malta und Griechenland weiter.

Manche der Küstenwächter stammten noch aus Gaddaffis Zeiten, sagt Kommandant Manlio Scopigno. Deren Fähigkeiten wolle man „verbessern“. Eine dem libyschen Innenministerium unterstehende Truppe ist nicht dabei. „Die Kontaktaufnahme hat nicht geklappt“,

Das Gros der Geretteten landet am Ende in Nordafrika

sehr darauf gedrängt, dass Libyen die Seenotrettung koordiniert – denn auf diese Weise würde das Gros der Geretteten am Ende in Nordafrika landen, egal, was dort mit ihnen geschieht. Und so mochten die Italiener*innen den libyschen Rückzug nicht hinnehmen: Eine erneute Registrierung der libyschen Seerettungszone wurde in Zusammenarbeit mit italienischen Behörden bereits am 14. Dezember wieder eingereicht. Allerdings werde die libysche Rettungsleitstelle in Tripolis wohl „erst in den nächsten Jahren“ einsatzbereit sein.

Schlechte Noten im Menschenrecht

Dabei hatte die EU seit langem darauf hingearbeitet, die Küstenwache Libyens zu ertüchtigen. Am 24. Oktober 2016 begann die Phase 2 der EU-Marinemission namens *Operation Sophia*. Ein niederländisches und ein italienisches Trainingsschiff verließen den

sagt Scopigno. „Die antworten uns nicht.“ Die Übrigen aber seien „gut organisiert, wissbegierig und lernfähig“. Allerdings hätten sie „keine Kenntnis über Menschenrechte oder Seerecht“ und seien „nicht auf dem Stand westlicher Küstenwachen“. Dadurch seien sie durch „sehr aggressives Auftreten“ aufgefallen, sagt Scopigno. Ziel des Trainings sei deshalb „weniger aggressives Verhalten“.

Finanzspritze von der EU

Und dann sollte „Sophia“ in die dritte Phase eintreten und die Schlepper*innen direkt an der Küste bekämpft werden. Und vor allem sollte die libysche Regierung dann den Europäer*innen erlauben, in libyschen Gewässern zu patrouillieren und gemeinsam mit den frisch von der EU ausgebildeten eigenen Grenzleuten Schiffbrüchige aufnehmen. Das würde die Lage grundsätzlich ändern.

„Wenn man akzeptiert, dass die Libyer retten können, dann muss man auch akzeptieren, dass sie sich um die Flüchtlinge kümmern können“, sagt Scopigno. Gerettete sollen nach Libyen gebracht werden, nicht mehr nach Italien.

Die libysche Küstenwache bekam Mittel des EU-Treuhandfonds für Afrika, Schlauchboote, Jeeps, Busse, kugelsichere Westen und Kommunikationsausrüstung. Im Mai und Juni 2017 übergab die italienische Regierung der libyschen Küstenwache vier Patrouillenboote. Insgesamt fließen mehrere hundert Millionen Euro aus der EU, ein Teil davon aus Deutschland, nach Libyen, um die irreguläre Migration einzudämmen. Die Trainings dauern bis heute an. Zwar durfte die EU – von einigen italienischen Patrouillen abgesehen – nicht in libyschen Gewässern operieren. Das libysche Parlament in Tobruk lehnt dies ab. Gleichwohl aber begann Libyen seit etwa Juli 2017 zu tun, was die EU wollte. Mehrere 10.000 Bootsflüchtlinge hat die von der EU ausgebildete und unterstützte libysche Küstenwache seither im Mittelmeer aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht.

Verheerende Zustände in libyschen Flüchtlingslagern

Bereits im September 2017 bestätigte das Auswärtige Amt in Antworten auf eine Bundestagsanfrage der Linken, was mit ihnen geschieht: Nach einer kurzen Versorgung durch die UN-Organisationen UNHCR und IOM geht es für sie geradewegs zurück in die Hölle. Die Menschen werden direkt in staatliche Internierungslager des *Department for Combating Illegal Migration* (DCIM) des libyschen Innenministeriums gebracht. Berichte, denen zufolge es dort „regelmäßig zu äußerst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen“ gekommen sei, nannte das Auswärtige Amt glaubhaft. „Rechtsschutzmöglichkeiten fehlen“, die Lager seien von „starker Überfüllung, mangelhaften sanitären Verhältnissen, Nahrungs- und Arzneimittelengpässen“ gekennzeichnet.

Kurz zuvor hatte der Journalist Michael Obert aus einem Lager nahe Zawiya über grauenerregende Schilderungen der Insass*innen berichtet. Blutverschmierte Frauen hätte ihm von Massenvergewaltigungen berichtet. Die Anfrage bezog sich auf diese Berichte. Nachzuverfolgen, was mit den Menschen geschieht, nachdem sie in die DCIM-Lager kommen, sei „nicht möglich“, so das Auswärtige Amt. Die Bundesregierung weise „die libysche Einheitsregierung auf ihre Verantwortung für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und Migranten hin.“

Nach einem Besuch von Außenminister Sigmar Gabriel in einem der DCIM-Lager im Mai hatte die Bundesregierung dem UNHCR und der IOM 50 Millionen Euro für den Schutz von Migrant*innen in Libyen bewilligt – den Organisationen, die die auf dem Meer aufgegriffenen Menschen nun zwischenversorgen, bevor sie wieder in die Lager kommen. Sehr wahrscheinlich ist, dass eben jene Milizen, die bislang im Schlepperbusiness aktiv waren, nun auch beim Wiedereinfangen der Migrant*innen Geld verdienen.

Die Mitschuld der EU

Und dabei gehen sie rabiat vor. Immer wieder machen die Seerettungs-NGOs auf Übergriffe durch die libysche Küstenwache aufmerksam. Ein besonders spektakulärer Fall mit etwa 50 Toten ereignete sich Anfang November 2017. Die italienische Rettungsleitstelle MRCC in Rom hatte den Notruf eines sinkenden Schlauchbootes empfangen. Sowohl das zu jener Zeit einige Meilen südöstlich kreuzende Rettungsschiff *Sea-Watch III* als auch ein Patrouillenboot der libyschen Küstenwache erreichten den Unglücksort gegen 9 Uhr am 6. November. Die Crew habe begonnen, Schiffbrüchige an Bord zu nehmen. Auch die Küstenwache habe sich dem Schlauchboot genähert und Menschen an Bord genommen, diese jedoch „geschlagen und bedroht“, sagt *Sea-Watch*-Sprecher Ruben Neugebauer. Dadurch sei Panik ausgebrochen, Passagiere seien ins Wasser gefallen. Zwar habe die Besatzung des libyschen Schiffes zunächst Menschen aus dem Wasser gezogen. Dann sei es jedoch „mit großer Geschwindigkeit losgefahren, obwohl sich noch Menschen von außen am Boot festklammerten und so mitgeschleift wurden“, erklärt *Sea-Watch*. Ein Hubschrauber der italienischen Marine habe eingegriffen und das libysche Schiff gestoppt.

Im Dezember 2017, Monate nachdem die Libyer dazu übergegangen waren, Flüchtlinge aktiv auf See wieder zurückzuholen, warf *Amnesty International* der Europäischen Union eine Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen in Libyen vor. Die EU unterstütze libysche Behörden, die häufig mit Schleusern zusammenarbeiteten und Geflüchtete und Migrant*innen folterten, hieß es in einem Bericht der Menschenrechtsorganisation. Die Internierten in den Haftzentren in Libyen seien Folter, Zwangsarbeit, Erpressung und Tötung ausgesetzt, so *Amnesty*. Die europäischen Regierungen hätten nicht nur Kenntnis davon, sagte der AI-Europa-Vorsitzende, John Dalhuisen. „Indem sie die libyschen Behörden aktiv dabei unterstützen, die Überfahrt über das Meer zu unterbinden und Menschen in Libyen festzuhalten,

machen sie sich dieser Verbrechen mitschuldig.“

Im März 2018 schrieb die UN, dass „bewaffnete Gruppen, auch solche, die mit der libyschen Einheitsregierung verbunden sind (...), an willkürlichen Inhaftierungen, Entführungen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind“. Kurzum: Brutale Milizen seien ein „Partner Deutschlands“, wie die Tagesschau es formulierte.

Hauptsache nicht nach Europa

Nach Schätzungen der IOM sind derzeit rund 700.000 Migrant*innen in Libyen. Al-Sarradsch selbst erklärte im Dezember 2017, dass etwa 20.000 Menschen in 42 libyschen Flüchtlingslagern seien, „die dem Innenmi-

Januar dämpfte der Direktor der UNHCR-Mission in Libyen, Roberto Mignone, allerdings die Erwartungen – mehr als „5.000 bis 10.000“ seien nicht drin. Denn teils können die direkt in die Herkunftsländer von Migrant*innen, wie Togo oder Senegal starten. Häufig aber will kein Land die Menschen aufnehmen. Bislang schickt die IOM die Flugzeuge dann in Transitstaaten wie Niger, von wo aus die IOM die Migrant*innen dann per Land weiterschickt. Doch dessen Aufnahmebereitschaft ist begrenzt. Als kleines Zugeständnis – unter dem Eindruck der Sklaven-Aktionen – gestattete auch Italien im Dezember die Ankunft eines IOM-Fluges aus Tripolis. Ansonsten aber ist unklar, wohin die Menschen gebracht werden können, die aus den Lagern befreit oder freigelassen werden.

Brutale Milizen seien ein „Partner Deutschlands“, wie die Tagesschau es formulierte

nisterium zugeordnet sind“. Außerhalb dieser Lager lebten aber noch mehr als 500.000 weitere Geflüchtete „unter schlechten humanitären Bedingungen“ – viele Lager befinden sich nicht unter Kontrolle der Regierung.

Im November veröffentlichte der US-Fernsehsender CNN Aufnahmen mit versteckter Kamera. Sie zeigten, wie Geflüchtete aus Nigeria in Libyen als Sklav*innen verkauft wurden. Im Prinzip war das lange bekannt. Schon Anfang 2017 hatten deutsche Diplomaten*innen von „KZ-ähnliche Zuständen“ in den libyschen Lagern gesprochen. Geflüchtete müssten dort regelmäßig Lösegeld zahlen, um sich frei zu kaufen. Auch hier dürfte die EU-Politik unheilvolle Wirkung entfaltet haben: Weil die EU durchgesetzt hat, dass Niger den Transport von Migrant*innen nach Libyen unter Strafe stellt, waren die Preise für die Passage durch die Wüste von 2016 auf 2017 auf das Dreifache gestiegen. Viele Migrant*innen kamen deshalb ohne Geld in Libyen an – und vermochten sich nicht aus den Lagern freizukaufen. Gleichwohl: Als das CNN-Video in der Welt war, erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron, die EU und die Afrikanische Union planten „Militär- und Polizeieinsätze“, um diese Menschen zu befreien. Das lehnte Sarradsch allerdings entrüstet ab. Der kleinste gemeinsame Nenner sind nun Flüge für „freiwillige Rückkehr“, durchgeführt von der IOM. 2017 flog sie 14.000 Menschen aus Libyen. Zunächst hieß es, 2018 sollten es „doppelt so viele“ werden. Im

Und wer es wagt, sie nach Europa zu bringen, bekommt ein Problem. Diese Erfahrung musste auch *Proactiva Open Arms* machen. Just nachdem sie die über 200 Schiffbrüchigen – unter denen sich auch der verstorbene 22-jährige Eritreer befand – am 13. März in den Hafen von Pozzallo brachte, wurde ihr Schiff beschlagnahmt. „Man wirft uns kriminelle Machenschaften sowie die Begünstigung illegaler Migration vor“, so der *Open Arms*-Gründer Oscar Camps. Die Besatzung war zuvor von der libyschen Küstenwache mit Waffen bedroht worden. Weil sie die Schiffbrüchigen nicht den Libyer*innen übergeben wollten, hätten diese mit Schüssen gedroht. In Italien ordnete Catanias Staatsanwalt Carmelo Zuccaro dann die Beschlagnahmung des Schiffes an. Erst im August hatten die italienischen Behörden auch die Beschlagnahmung des Rettungsschiffs „Juventa“ der deutschen Hilfsorganisation *Jugend Rettet* angeordnet. Es liegt noch immer im sizilianischen Trapani vor Anker.

Die Seenotretter, das steht fest, betrachtet Italien nicht als Partner.<

Christian Jakob
ist Journalist und
schreibt seit vielen
Jahren über Migra-
tion. Er lebt in
Berlin.